

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Billi Plumhoff, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1111. — Für Inserate 1507, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungserlöse Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk. Beim Abholen vom Verlag mit den Ausgabeheften: Vierteljährlich 3,45 Mk., monatlich 1,15 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk. Einzelne Nummern 10 Pf. Anzeigengebühren: die gewöhnliche Kolonellzeile 25 Pf. Anzeigen von auswärts 35 Pf. Im Kleinvertrieb: alle 100 Mk. Anzeigen-Rabatt stets vorhanden, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 159.

Magdeburg, Mittwoch den 10. Juli 1918.

29. Jahrgang.

## Rühlmann entlassen.

W. S. B. Berlin, 9. Juli. Wie zuverlässig verlautet, hat der Kaiser das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs Dr. v. Rühlmann angenommen. Als sein Nachfolger wird der bisherige Gesandte in Christiania, v. Sinsge, genannt. Eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht getroffen. —

## Der Krenl warnt.

Ueberraschend schnell hat die Moskauer Mordtat ihre Aufklärung dahin gefunden, daß es sich nicht um die individuelle Tat einiger Fanatiker noch um das Vorgehen dunkler Agenten der Entente handelt, sondern um einen von einer großen Partei Russlands ausgehenden großzügig gedachten Plan, Rußland an der Seite der Entente

aufs neue in den Krieg zu reißen.

So aber es ist, die Bolschewiki als die bezahlten Südlinge Deutschlands zu betrachten, so unzureichend ist auch der Versuch, das verzweifelte Vorgehen der Sozialrevolutionäre auf den Zufluß englischen Geldes zurückzuführen. Daß die vom Krieg angegriffene Bolschewikiherrschaft gern sieht, ihm Erfolg wünschend und ihn unterstützt, erklärt sich aus der Lage der Dinge; es ist das einfache Widerspiel der Tatsache, daß Deutschland an der Aufrechterhaltung der Bolschewikiherrschaft so offensichtlich interessiert ist, daß z. B. das alldeutsche Hauptorgan, die „Deutsche Zeitung“ schreibt: „Im Interesse der zukünftigen deutschen Beziehungen zu Rußland und im Interesse einer gesicherten Entwicklung der Dinge im Osten würde es fraglos liegen, wenn die Herrschaft der Bolschewiki erhalten bliebe und die Gegenrevolution scheiterte.“ Man begreift danach, in wie hohem Grade die

Entente an der Gegenrevolution

interessiert ist.

Seider aber läßt sich nicht behaupten, daß die Unzufriedenheit mit dem Brest-Litowsker Frieden und die Opposition gegen die Regierung, die diesen Frieden abgeschlossen hat, durch ausländische Einflüsse künstlich in Rußland gezeugt worden ist. Der Brest-Litowsker Frieden hat alle russischen Parteien mit Ausnahme des bolschewistischen Flügels der Sozialdemokratie gegen sich geeint. Solange der Krieg noch dauerte, waren die Bolschewiki mit den Sozialrevolutionären mit den Sozialdemokraten im Kampfe für den Frieden einig. Der Spalt, der Kriegsparteien und Friedensparteien voneinander trennte, verlief rechts von ihnen, denn nur Oktoberisten und Kadetten begeisterten sich für die Fortsetzung des Krieges bis zur Eroberung von Konstantinopel. Jetzt ist der Spalt viel weiter nach links gerückt: der rechte Flügel der Sozialdemokratie und die Sozialrevolutionäre sind mit den bürgerlich-nationalen Parteien in der entschiedensten

Ablehnung des Brest-Friedens

einig. Wenn also die Sozialrevolutionäre heute mit den terroristischen Mitteln, deren Gebrauch sie noch aus der Zarenzeit gewohnt sind, Rußland in einen neuen Krieg gegen Deutschland hineinreißen wollen, so entspricht das keineswegs ihrer Exaltation, denn die Sozialrevolutionäre waren eine Friedenspartei, und erst der Friede von Brest-Litowka hat sie zu einer Kriegspartei gemacht.

Die Entente wäre in Rußland ganz ungeschädlich, und die bürgerlich-nationalen Parteien könnten gleichfalls sehr wenig ansprechen, wenn nicht Parteien, die auf breiter Volksgrundlage ruhen, wie die Bolschewiki und die Sozialrevolutionäre, in das Lager der Kriegsparteien übergegangen wären. Dadurch erst ist der Anschlag auf den Grafen Mirbach und die folgende Erhebung in den Straßen von Moskau möglich geworden. Diese den

Frieden im Osten bedrohende Wandlung

der Geminnungen wurde durch den Inhalt des Brest-Friedens und die gesamte Politik Deutschlands im Osten bewirkt.

Die ganze deutsche Presse, die extremsten Alldeutschen nicht ausgenommen, zeigt sich jetzt um die Erhaltung des Friedens lebhaft besorgt. Ueberall kommt die auch ganz richtige Meinung zum Ausdruck, daß die Erhaltung

des Friedens von der Erhaltung der Bolschewikiherrschaft in Rußland abhängig sei. Dem hätte aber nicht so sein müssen, wenn bei dem Abschluß des Friedens von Brest-Litowka die Ratschläge der deutschen Sozialdemokratie befolgt worden wären. Breitesten Schichten der russischen Bevölkerung waren für einen Frieden, der die Lebensinteressen Rußlands schonte, ohne weiteres zu haben, und sie wären bereit gewesen, einen solchen Frieden mit allen Kräften zu verteidigen. Die

Hoffnungen der Entente,

Rußland aufs neue in den Krieg hineintreiben zu können, beruhen auf dem Frieden von Brest-Litowka.

Daß diese Hoffnungen sich als Illusionen erweisen, zu lernen. Mag es gelingen, den Aufstand der Sozialrevolutionäre niederzuwerfen, so haben sich doch diejenigen als gründlich falsche Propheten erwiesen, die behaupteten, man könne Rußland jeden Frieden aufnötigen und brauche nach der Art des russischen Nationalcharakters die Entstehung eines Revanchepatriotismus in Rußland nicht zu fürchten. Nicht eher werden wir von der Sorge um den Osten befreit sein und zu ruhigen Beziehungen dort gelangen, als bis wir einen wirklichen Frieden abgeschlossen haben werden, der den Interessen beider großen Völker, des deutschen und des russischen, entspricht und auch von einer nicht-bolschewistischen Regierung mit gutem Gewissen vertreten werden kann.

Auch unsere alldeutschen unter den Alldeutschen, die siegesichersten unter den heimischen Gewaltpolitikern sollten die Lehren der Geschichte nicht vergessen. Der Krenl, das Moskauer Zarenschloß, um das jetzt wieder der Straßenkampf in Moskau tobt, ist schon einmal zum leuchtendsten Wahrzeichen für die Begrenztheit aller Welt herrschaftsräume geworden. Napoleons Spuren sollten auch die deutschen Napoleoniden fürchten. —

### Aufruf der Bolschewisten.

Das Blatt der Käterregierung, „Krawda“, beruffen sich über die Ermordung des Grafen Mirbach einen Aufruf, in dem unter anderem folgendes gesagt wird:

Gegen 3 Uhr nachmittags sind zwei Agenten des russisch-englisch-französischen Imperialismus zum deutschen Gesandten, Grafen Mirbach, auf Grund einer gefälschten Unterfertigung des Grafen Dierjinski mit falschen Beglaubigungsstücken vorgezogen und ermordeten unter dem Schutz dieses Dokuments den Grafen Mirbach.

Einer dieser Agenten, der diese provokatorische Tat begangen hat, die schon seit langem und verschiedentlich in der Sowjetpresse mit der Beschuldigung der Konararchisten und Gegenrevolutionäre in Zusammenhang gebracht worden ist, ist nach vorhandenen Nachrichten ein linker Sozialrevolutionär, ein Mitglied der Kommission von Dierjinski, der sich dem Dienste von dem Dienste der Käterregierung absetzte und zum Dienste bei Lenins Übergang, die Käterregierung zu verlassen trachtete, und damit die Käterregierung der Käterregierung und der Kapitalisten übergeben hat.

Die Käterregierung hat augenblicklich durch die Schuld von Lenins Tod den linken Sozialrevolutionären, die sich auf den Weg gemacht haben, um Lenins Leiche zu bestatten, die

die Käterregierung der Käterregierung in Moskau zur Käterregierung der Käterregierung wurden von den linken Sozialrevolutionären heimlich beantwortet, daß sie einen Aufruf an die Käterregierung begannen. Sie besetzten heimlich das Kommando von Dierjinski, verhafteten den Soc-

isierenden Dierjinski und das Mitglied Lajis und die hervorragendsten Mitglieder der russischen kommunistischen Partei (Bolschewiki).

Die linken Sozialrevolutionäre bemächtigten sich sofort der Telephonstation, begannen eine Reihe militärischer Handlungen, in denen sie mit bewaffneten Kräften einen kleinen Teil Moskaus besetzten und die Sowjetautomobile abzufangen begannen. Die Sowjetregierung hat als Geiseln alle im Großen Theater befindlichen Delegierten des fünften Kongresses der Sowjets aus den Reihen der linken Sozialrevolutionäre festgehalten und alle Maßregeln getroffen, um die Pläne der Weißen Gardeisten sofort zu unterbrechen und zu liquidieren. Alle, die den Wahnsinn und das Verbrechen einsehen, wodurch Rußland jetzt in eine Katastrophe verfallen würde, unterstützen die Sowjetregierung. Daran, daß der Aufstand schnellstens liquidiert wird, besteht auch nicht der leiseste Zweifel.

Alle auf ihre Kosten! Alle zu den Waffen! Nieder mit den Dienern der Weißen Garde! —

### Die Lage in Moskau.

In Moskau ist der Belagerungszustand erklärt. Die in der Nacht zum Sonntag von den linken Sozialrevolutionären besetzte Telephon- und Telegraphenstation ist von den Bolschewiki einige Stunden später zurückerobert worden.

Die in ihren Quartieren mit Artillerie beschossenen linken Sozialrevolutionäre haben im Laufe des Tages Parlamentäre geschickt. Die Bolschewiki haben bedingungslose Unterwerfung gefordert.

Die Linkrevolutionäre haben ein Bulletin herausgegeben, in dem sie mitteilen, daß Graf Mirbach von der Terroristenaktion der Link-Sozialrevolutionäre getötet worden sei. Nach einer Mitteilung der Regierung haben die bisher verhafteten Führer der Linken Sozialrevolutionäre, darunter sich die Spiridonowa befindet, zugestanden, daß das Attentat mit Wissen der Parteileitung ausgeführt worden ist, um den Bruch des Brest-Friedens zu erzwingen. Soweit bisher festzustellen, hat das Attentat und die seitens der Gegenrevolutionäre ausgegebene Parole: „Krieg gegen Deutschland“ diesen viele Anhänger und Helfer abwendig gemacht, infolgedessen besteht begründete Aussicht, daß die Bolschewiki der Lage in Moskau Herr werden. Der Moskauer Sowjet hat befohlen, die den Parteien der Sozialrevolutionäre und der Bolschewiki angehörigen Mitglieder aus seiner Körperschaft auszuscheiden.

Vom Montag wird aus Moskau gemeldet: Die Kämpfe in Moskau sind bisher zugunsten der Bolschewiki ausgefallen. —

### Die Linkrevolutionäre.

Die während der Revolution aus der Partei der Sozialisten-Revolutionäre ausgegliederte Linke, die sich seitdem als eine besondere Partei — die „Partei der linken Sozialisten-Revolutionäre“ — konstituiert hat, ging mit den Bolschewiki bis zum Abschluß des Brest-Friedens durch die und dann. Jetzt bekennet sie, ein Attentat verübt zu haben, das zu den schwerwiegendsten Folgen führen könnte. In diesem Akt auf die politischen Folgen des Attentats äußert sich die politische Reaktivität, die allerdings stets das Merkmal der Partei der Sozialisten-Revolutionäre bildet.

Die Partei der Sozialisten-Revolutionäre unterscheidet sich in ihrem Programm von der Sozial-



demokratie dadurch, daß sie die materialistische Geschichtsauffassung von Marx und Engels verwirft und nur seine rein ökonomische Lehre vom Mehrwert akzeptiert. Sie lehnt es ab, das Proletariat allein als den Träger des Sozialismus anzusehen und behauptet seit jeher, die russische Bauernschaft stelle den im angeblich unerschöpflichen Reichtum der nicht minder reicheren, bisweilen überlegeneren Volksteil des Sozialismus dar. Ihre Argumente sind den Lehren der idealistischen Philosophie folgend, die den Zusammenschluß der Bauernschaft und des Proletariats unter Führung des dritten Faktors — der zielbewußten, durch hohe Ideale begeisterten Intelligenz — und initialberechtigten Intelligenz. Zudem ist diesem dritten Faktor eine so hohe Bedeutung beigemessen, traten die Sozialisten-Revolutionäre dafür ein, daß durch großartige persönliche Taten, Beispiele von Anspornung für die Sache der Revolution und dergleichen eine günstige politische Atmosphäre für die Entfaltung der in der Masse schlummernden revolutionären Kräfte herbeigeführt werde. Daher waren sie stets Terroristen, programmatisch und konsequent. Es ist aber klar, daß während einer Revolution, in der die revolutionären Kräfte

auf das angepannteste wirken, die Weiterführung des terroristischen Kampfes zwecklos ist. So hat die Partei nach Ausbruch der ersten Revolution 1905 und während der Tagung des ersten Dumas durch offiziellen Parteibeschluß die terroristische Taktik zeitweise eingestellt. Nehulich war es auch während der gegenwärtigen Revolution, und von einem Terrorismus der Partei könnte daher keine Rede sein. Nehulich wie bei der Sozialdemokratie vollzog sich innerhalb der Partei der Sozialisten-Revolutionäre vom Standpunkt der Linken aus eine Scheidung nach drei Richtungen: die Linke, das Zentrum und die Rechte. Während die Linke, wie erwähnt, mit den Bolschewiki zusammengefallen, gerieten die anderen Strömungen in die Opposition, die sie der in Opposition befindlichen Sozialdemokratie nichtbolschewistischen Färbung näherbrachte. Die „Einigen Sozialisten-Revolutionäre“ — um sie genau so zu nennen, wie sie sich selbst bezeichnen — waren auch in der Sowjet-Regierung vertreten; sie stellten sieben von den 18 „Bolschewiki“ (Minister nach der bolschewistischen Rede) in allen Fragen der Politik waren sie mit den Bolschewiki einig, und nur der Dreister Friede brachte

eine Wandlung. Die linken Sozialisten-Revolutionäre vertraten die Ansicht, daß das Nachgeben den deutschen Forderungen gegenüber die Durchführung des Sozialismus — wie sie und die Bolschewiki diesen verstehen — gefährde, daß die Kapitulation vor dem deutschen Imperialismus unbedingt die Kapitulation vor der einheimischen Bourgeoisie bedeute. Als die Bolschewiki trotz ihrer Proteste den Friedensvertrag unterzeichneten, traten sie sich von diesen los und traten zur Opposition über, ohne sich mit der Stellungnahme der übrigen sozialistischen Parteien zu identifizieren.

In einigen Meldungen wird im Zusammenhang mit dem Attentat der Name Saminkow genannt. Saminkow, der der Rechten der Partei der Sozialisten-Revolutionäre angehört, war früher an der Spitze der terroristischen Kampforganisation der Gesamtpartei. Während des Krieges ist er mit Haar und Haut der Sache der Entente ergeben. Die Verquickung der Namen der Attentäter aus dem Lager der linken und rechten Sozialisten-Revolutionäre macht das Bild unklar und läßt nicht mit Sicherheit erkennen, welchen Ursachen und Motiven die Ermordung des Grafen v. Mirbach entsprungen sein möchte.

# Großstadtmandate und Proporz.

Der Reichstag hat am Montag die Vorlage über die Vermehrung der Großstadtmandate, die Vereinfachung der großstädtischen Wahlbezirke zu Kreiswahlbezirken und die Einführung der Verhältniswahl für die dort zu bestehenden Mandate in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Konservativen und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. Für die Sozialdemokratie sprach Genosse Landsberg. Er verheißte natürlich nicht die jetzigen Bedenken der Partei gegen die nur teilweise Einführung der Verhältniswahl und gegen die Unterbrechung der Einführung des Frauenwahlrechts. Insbesondere stellt das Gesetz doch einen Fortschritt dar, insbesondere der gegen den Widerstand der Regierung eingefügte § 5a, wonach die Wahlkreise mit über 300 000 Einwohnern automatisch ein weiteres Mandat erhalten müssen, sobald ihre Volkszahl über 300 000 oder mehr gestiegen ist — in letzterem Falle müssen sie zwei neue Mandate bekommen.

Jabor hatte der Reichstag seine eigene Mandatsdauer und die des elfstündigen Landtags um ein weiteres Jahr verlängert.

Der Antrag bildete eine ausgiebige Debatte über die Organisation des Reichstages im Heer und in der Marine. Am Dienstag beginnt die zweite Lesung der neuen Gesetzgebung.

Der Reichstag hat am Montag die Vorlage über die Vermehrung der Großstadtmandate, die Vereinfachung der großstädtischen Wahlbezirke zu Kreiswahlbezirken und die Einführung der Verhältniswahl für die dort zu bestehenden Mandate in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Konservativen und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Für die Sozialdemokratie sprach Genosse Landsberg. Er verheißte natürlich nicht die jetzigen Bedenken der Partei gegen die nur teilweise Einführung der Verhältniswahl und gegen die Unterbrechung der Einführung des Frauenwahlrechts.

Insbesondere stellt das Gesetz doch einen Fortschritt dar, insbesondere der gegen den Widerstand der Regierung eingefügte § 5a, wonach die Wahlkreise mit über 300 000 Einwohnern automatisch ein weiteres Mandat erhalten müssen, sobald ihre Volkszahl über 300 000 oder mehr gestiegen ist — in letzterem Falle müssen sie zwei neue Mandate bekommen.

Jabor hatte der Reichstag seine eigene Mandatsdauer und die des elfstündigen Landtags um ein weiteres Jahr verlängert.

Der Antrag bildete eine ausgiebige Debatte über die Organisation des Reichstages im Heer und in der Marine. Am Dienstag beginnt die zweite Lesung der neuen Gesetzgebung.

Der Reichstag hat am Montag die Vorlage über die Vermehrung der Großstadtmandate, die Vereinfachung der großstädtischen Wahlbezirke zu Kreiswahlbezirken und die Einführung der Verhältniswahl für die dort zu bestehenden Mandate in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Konservativen und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Für die Sozialdemokratie sprach Genosse Landsberg. Er verheißte natürlich nicht die jetzigen Bedenken der Partei gegen die nur teilweise Einführung der Verhältniswahl und gegen die Unterbrechung der Einführung des Frauenwahlrechts.

Insbesondere stellt das Gesetz doch einen Fortschritt dar, insbesondere der gegen den Widerstand der Regierung eingefügte § 5a, wonach die Wahlkreise mit über 300 000 Einwohnern automatisch ein weiteres Mandat erhalten müssen, sobald ihre Volkszahl über 300 000 oder mehr gestiegen ist — in letzterem Falle müssen sie zwei neue Mandate bekommen.

Jabor hatte der Reichstag seine eigene Mandatsdauer und die des elfstündigen Landtags um ein weiteres Jahr verlängert.

Der Antrag bildete eine ausgiebige Debatte über die Organisation des Reichstages im Heer und in der Marine. Am Dienstag beginnt die zweite Lesung der neuen Gesetzgebung.

Der Reichstag hat am Montag die Vorlage über die Vermehrung der Großstadtmandate, die Vereinfachung der großstädtischen Wahlbezirke zu Kreiswahlbezirken und die Einführung der Verhältniswahl für die dort zu bestehenden Mandate in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Konservativen und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Für die Sozialdemokratie sprach Genosse Landsberg. Er verheißte natürlich nicht die jetzigen Bedenken der Partei gegen die nur teilweise Einführung der Verhältniswahl und gegen die Unterbrechung der Einführung des Frauenwahlrechts.

Insbesondere stellt das Gesetz doch einen Fortschritt dar, insbesondere der gegen den Widerstand der Regierung eingefügte § 5a, wonach die Wahlkreise mit über 300 000 Einwohnern automatisch ein weiteres Mandat erhalten müssen, sobald ihre Volkszahl über 300 000 oder mehr gestiegen ist — in letzterem Falle müssen sie zwei neue Mandate bekommen.

es steht die Zulassung der Frauen.

Wie lange will man denn die Frauen noch vom Stimmrecht ausschließen? Man sollte sich doch im vierten Kriegsjahr die Behandlung der Frauen für die Geschicke des Vaterlandes flammend haben. (Sehr wahr! h. d. Sog.) Von der Arbeit der Frauen in der Heimat hängt die Leistungsfähigkeit der Truppen ab. Am 1. Juni 1918 waren bei den Kantonslisten gemeldet 4 600 000 erwerbstätige Frauen und nur 4 446 000 erwerbstätige Männer. (Gut, hört!) Warum muß denn Deutschland in allen Kulturpolitischen hinter andern Ländern zurückbleiben? Wir haben unsere Antrag auf Einführung der allgemeinen Verhältniswahl wieder eingebracht. Das Parlament muß ein Spiegelbild des Volkes sein, und deshalb muß jede Minderheit vertreten sein, jede Schicht des Volkes ist für unser Land gleich wichtig. Die Verhältniswahl darf daher nicht nur für die Großstädte eingeführt werden, wie es die Vorlage vorsieht, sondern sie muß auch für das plattliche Land und die mittleren Städte gelten. Die allgemeine Verhältniswahl würde die Stimmlosen beseitigen. Ihr wichtigster Vorzug aber ist, daß sie eine gewaltige Steigerung des allgemeinen politischen Interesses bewirkt. Die Verhältniswahl muß nun in möglichst viel Wahlkreisen eingeführt werden, und deshalb legen meine Freunde den größten Wert auf den von der Kommission neu eingefügten § 5a, wonach in jedem Wahlkreis, dessen Einwohnerzahl über 300 000 wächst, für jede weitere angelegene 200 000 Einwohner je ein neues Abgeordnetes zu wählen ist, wobei die Wahl nach den Grundzügen der Verhältniswahl zu erfolgen hat. (Sehr wahr! h. d. Sog.) Die Frage der gebildeten Klassen. Daß sie eine Anziehung der Wähler besitzen, haben kann gar keine Rede sein. Auch heute wird der Kandidat von den Vertrauensmännern der einzelnen Parteien in den einzelnen Wahlkreisen bestimmt, und daß die Wähler mit diesem Zustand zufrieden sind, beweist die steigende Wahlbeteiligung bis zu 90 Prozent, wobei die Zahl der zerstückelten Stimmen ganz geringfügig ist. Wir streben bei dem vom Anstößigen beschriebenen System der gebildeten Klassen. Meine Freunde können dem Gesetz zu, weil es den Kampf um die Erweiterung des Wahlrechts erweitert, namentlich den Kampf für die Einführung des Frauenwahlrechts und der allgemeinen Verhältniswahl. (Sehr wahr! h. d. Sog.)

Hg. Dr. Müller (Münchener, Fortschritt. Sp.): Auch ich bin ein Anhänger des allgemeinen Proporzgesetzes. Wenn wir ihn aber annehmen, so ist es nicht die Vorlage, und weil wir das nicht wollen, werden wir nicht für den allgemeinen Proporz stimmen. Ganz ebenso verhält es sich mit dem Frauenwahlrecht, dessen Einführung ich persönlich ebenfalls bin. Die Vorlage ist nach den Bedingungen der Kommission gut, aber allem weil sie klar ist.

Hg. Dr. Sell (Zür.): Die Vorlage hat den richtigen Weg eingeschlagen. Deshalb können wir für den von der Kommission eingefügten § 5a, der die automatische Vermehrung der Zahl der Abgeordneten mit der Verhältniswahl bringt, nicht stimmen. Die Verhältniswahl hat von der Vorlage ausgehenden Mängel, in denen die Verhältniswahl eingeführt werden soll, lassen sich nicht auf andere Weise beseitigen, sondern nur durch die Einführung der Verhältniswahl selbst.

Hg. Dr. Schuler (Zür.): Der Gesetzentwurf bedeutet eine Verengung der gesellschaftlichen Bevölkerung, besonders der unorganisierten Arbeiter, gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Meine Freunde sind grundsätzliche Gegner der Verhältniswahl. Wir können die Vorlage nicht annehmen.

Hg. Dr. Schuler (Zür.): Der Gesetzentwurf bedeutet eine Verengung der gesellschaftlichen Bevölkerung, besonders der unorganisierten Arbeiter, gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Meine Freunde sind grundsätzliche Gegner der Verhältniswahl. Wir können die Vorlage nicht annehmen.

Hg. Dr. Schuler (Zür.): Der Gesetzentwurf bedeutet eine Verengung der gesellschaftlichen Bevölkerung, besonders der unorganisierten Arbeiter, gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Meine Freunde sind grundsätzliche Gegner der Verhältniswahl. Wir können die Vorlage nicht annehmen.

Hg. Dr. Schuler (Zür.): Der Gesetzentwurf bedeutet eine Verengung der gesellschaftlichen Bevölkerung, besonders der unorganisierten Arbeiter, gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Meine Freunde sind grundsätzliche Gegner der Verhältniswahl. Wir können die Vorlage nicht annehmen.

Hg. Dr. v. Sakschewski (Köln): Die nur teilweise Einführung der Verhältniswahl ist ein Unrecht, wir lehnen das Gesetz daher ab.

Hg. Graf Westarp (Köln): Der Vizekanzler hat in Aussicht gestellt, daß möglicherweise eine Ausdehnung der Verhältniswahl stattfinden soll, während die verbündeten Regierungen einen solchen Standpunkt abgelehnt haben.

Vizekanzler v. Payer: Ich habe lediglich gesagt, daß nach einem Zeitraum von Jahren Erfahrungen vorliegen werden, die einen Schluß über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit eines weiteren Ausbaues der Verhältniswahl gestatten werden. Das gibt niemand das Recht, die Glaubwürdigkeit und Bestimmtheit der verbündeten Regierungen in Zweifel zu ziehen.

Unter Ablehnung des von den Sozialdemokraten gestellten Antrags auf allgemeine Einführung der Verhältniswahl werden die §§ 1 bis 5 angenommen.

Nach längerer Debatte wird § 5a in namentlicher Abstimmung mit 153 gegen 150 Stimmen angenommen, ebenfalls der Rest des Gesetzes. Dem Vorschlag, die dritte Lesung sofort vorzunehmen, widerspricht Hg. Gröber (Zür.).

Es folgt die Beratung über den Bericht des Haushaltsausschusses betr. die

## Beamtenorganisation in Heer und Marine.

Hg. Trimborn (Zür.) befürwortet die Schaffung einer durchlaufenden Karriere wie bei der Post. Jetzt flagen die unteren Beamten mit Recht darüber, daß sie von Beamten kontrolliert werden, die ihren Dienst nicht aus eigener Erfahrung kennen. Die Beorganisationskommission kann im Kriege freilich nicht durchgeführt werden, aber sie muß vorbereitet werden, damit sie sofort bei Friedensschluß in Angriff genommen werden kann.

Hg. Stahl (Sog.): Die Verhandlung der Beamten und Arbeiter in den Militärbetrieben in Spandau hat, da Verhandlungen mit der Rumba zu keinem Ergebnis geführt hätten. Eine Reihe älterer Verwaltungsbediensteter fühlt sich durch nicht erfolgte Beförderung zurückgesetzt. Rangleitschreiber - Zivilantwörter verlangen Gleichstellung mit den Militäranwärtern in der Beförderung. Die Belohnungen für besondere Leistungen sind plötzlich aufgehoben worden. Wir sind an sich gegen die Art der Bezahlung, aber wenn sie einmal eingeführt waren, muß schließlich ein Ausgleich für die Abschaffung in Form von Zulagen oder Zulagen erfolgen. Die beschlossene Stüchlohnreduzierung bei den Arbeitern in den technischen Betrieben hat große Erregung in den beteiligten Kreisen hervorgerufen. Den Arbeiterschüssen wird auf Grund der Arbeitsordnung verboten, außerhalb der Betriebe zusammenzutreten. Solche vorläufigen Bestimmungen passen nicht in die heutige Zeit. (Sehr richtig! h. d. Sog.) Die Schwerarbeiter müssen, um ihre Arbeit überhaupt leisten zu können, sich die nötigen Lebensmittel zu Marktpreisen kaufen. Die Beschäftigten unter selbst bieten ja Butter zu 22 Mark usw. an. Es genügt der Lohn von 1,08 Mark pro Stunde, wie ihn sehr viele Kühlungsarbeiter z. B. in der Pulverfabrik Spandau beziehen, durchaus nicht. Noch schlechter sind die Löhne in Brandenburg und Küstrin. Auf Eingaben der Arbeiter reagiert die Rumba überhaupt nicht. In Küstrin hat die Polizei eine Sitzung des Arbeiterschusses aufgehoben. Die Arbeitszeit sollte endlich einheitlich auf 8 Stunden festgesetzt werden unter möglicher

## Beseitigung der mörderischen Kaszarbeit.

Die Behandlung der Arbeiter ist auch nicht besser geworden. Insbesondere muß über den Meister Jäger immer erneut Beschwerde geführt werden. Große Empörung herrscht in Arbeiterkreisen über die hingenommenen Durchsuchungen. In Küstrin hat der Feldwebel Spieß einen armen Kriegsschädigten Portier verprügelt, mit 50 Mark zu bestrafen. Dieser hat aber das Rumba von den ununteren Rangeschafften des Spieß benachrichtigt. Einem solchen Manne sollte man doch Dank wissen. Statt dessen ist der Kriegsschädigte von seiner Stelle entlassen und in eine andere Stelle gekommen, die er bei seinem körperlichen Zustand nicht ausfüllen kann. (Gut, hört!) Ich verlange die Wieder-einstellung in seinen früheren Posten. Die reklamierten Meister erlauben sich heute ganz flegelhaft Bemerkungen gegenüber den Kriegsschädigten, wie z. B.: „Warum seid ihr denn ja so dumme gewesen und habt Euch Eure Knochen kaputt geschossen lassen?“ (Gut, hört!) Das muß natürlich bei den Kriegsschädigten enorme Erbitterung auslösen. Ich habe dem Rumba eingehendes Material darüber überwiesen, und erwarte genaue Untersuchung der Fälle. Gerade die Kriegsschädigten haben ein Recht auf anständige Behandlung und gute Bezahlung in den Betrieben. (Sehr wahr!) Bei dem großen Explosionsunglück in Hemmingdorf ist ein Sachschaden von 1 700 000 Mark entstanden. Jetzt weigert sich die R. E. G., den Schaden zu ersetzen und ebenso weigert sich die Rumba. Die Gewerkschaft ist dadurch in große materielle Bedrängnis geraten. In Frankreich hat man bei dem Explosionsunglück in St. Denis sofort eine Vorlage eingebracht, die den Staat für den Schaden haftbar macht. Das ist auch eine ganz selbstverständliche Forderung. Sollten der Staatsverwaltung Spandau und der Herrscherverwaltung ein solches Beispiel, wonach die Spandauer Einrichtungen und Strohbesitzerinnen bis ein Jahr nach ihrer Entlassung nicht in den technischen Instituten der Herrscherverwaltung Beschäftigung erhalten sollen. Das wäre einer Verletzung der Gerechtigkeit gleich. (Sehr wahr! h. d. Sog.) Ich fordere sofortige Aufhebung dieser Verordnungen, falls sie noch besteht. (Sehr wahr! h. d. Sog.)

General v. Oren: Die Aufstellung der Beamtensachen in der Militärverwaltung hat durch den Krieg keineswegs stillstand erfahren. Die Militärverwaltung steht den dabei zu leistenden Fragen nach wie vor gegenüber.



# Beilage zur Volksstimme.

Nr. 159.

Magdeburg, Mittwoch den 10. Juli 1918.

29. Jahrgang.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 9. Juli 1918.

### Freibenter Konjunktur.

„Wer jetzt nichts gewinnt, verdient nicht, daß er den Krieg erlebt.“ Das ist das Leitmotiv für die Handlungsweise unzähliger Menschen geworden. In den letzten Monaten hat sich immer deutlicher ein besonderes Genre des übermäßigen Gewinnzielens herausgebildet, das nicht nur den gewerbmäßigen Vertretern aller Art zugute kommt, sondern auch von Leuten geübt wird, die sonst nie daran dachten, Handelsgewinne zu erzielen. Diese „schöne Form“ gegenfeitigen Ueber-das-Ohr-Gauens wird vor allem bei der Verschönerung aller, gebrauchter Gegenstände geübt. Ueberall kann man lesen, daß hier gebrauchte Möbel, dort Teppiche, Klaviere, Silber, Sofas und Schirmmappen, Küchen-töpfe und Hängelampen „fast neu“ oder wenig gebraucht zu haben seien. Stets natürlich „preiswert“.

Armer Familienvater, geplagte Hausfrau, die ihr irgendetwas von diesen ausgelobten Gegenständen nötig hat, geht schleunigt hin, denn mit euch werden hundert andre die Zeitung lesen und sich beeilen, den „billigen Gelegenheitskauf“ zu machen. Aber welche Enttäuschung harret eurer. Da ist ein Kleiderschrank, wummstüchtig und haufällig, der euch mit lächelnder Miene zu 100 Mark als preiswert angepriesen wird, obwohl er bereits in Friedenszeiten — vor zehn und mehr Jahren — noch keine 40 Mark kostete. Dort wird ein Teppich angepriesen, in dem die Matten schon mancherlei Unfug betäubt haben, der zu Großvaters Zeiten vielleicht 50 Mark gekostet hat und jetzt für „nur 150 Mark“ wieder verkauft werden soll. Ein altes Klavier, auf dem ein halbes Dutzend Köpfe ihre musikalischen Kenntnisse erlernten, wird mit 800 Mark bewertet; kurzum — ob ihr ein schlechtes Bild oder einen Topf, einen ächzenden rumpligen Kinderwagen oder einen Stuhl erwerben wollt, überall wird ein Preis gefordert, daß euch die Augen zu tränen anfangen müßten.

Ein Lenz um das goldene Kalb in miniature! Dinge, die früher der Brodenjammung um Gotteslobn geschonnt wurden, sind heute Wunderobjekte geworden. Schließlich ist das aber kein Wunder, und wer darüber in Entrüstung gerät, wirkt höchstens komisch. Die Leute, die Nahrungsmittel und andre Notwendigkeiten des Lebens zu verkaufen haben oder Kriegsgüterlieferungen ausführen, nehmen ja auch, was sie kriegen können. Das entspricht den heiligen Grundgesetzen des freien Handels. Warum sollen die kleinen Händler, die ein altes Möbelstück zu verkaufen haben, anders handeln? Das ist die allgemeine Verwirrung der sogenannten Moral, die in „großer“ eben sehr natürlich ist. Eine Regelung des gesamten Handels hätte gewiß das Uebel nicht so groß werden lassen, wie es sich zeigt. Ohne Zweifel kann auch noch vieles gebessert werden. Wer dann muß schnell gehandelt werden; Zeit ist nicht mehr zu verlieren.

— Vom Kriegsunterstützungsbureau. Die Organisation der innere Verwaltung ist im Laufe des Geschäftsjahrs 1916/17 ebenfalls geblieben wie im Jahre zuvor. Die schriftlichen Eingänge im Bureau betragen 44 410. Außer den Leitern des Bureaus waren durchschnittlich 30 bis 40 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen an beschäftigt. Vom Kriegsanfang bis zum Ende des Jahres wurden im Bureau 33 887 Anträge erledigt. Hier von sind am Ende des Geschäftsjahrs noch 23 560 Gültigkeit. Seit Kriegsbeginn betrug die Gesamtzahl der unterstützten Personen 2288, davon bezogen am Ende des Geschäftsjahrs noch 51 693 Personen Kriegsunterstützung. Die monatliche Unterstützungssumme betrug im März 1917 684 334 Mark reichsgesetzliche Kindersätze und 433 592 Mark Zuschußunterstützungen des Versorgungsverbandes. Zu diesen laufenden Unterstützungen kamen noch allmonatlich größere Summen einmaliger außerordentlicher Unterstützungsbeiträge, deren Gesamtsumme beispielsweise im März 1917 11 966 Mark betrug, die im Falle ringender außerordentlicher Notlage bewilligt werden, wie bei Erkrankungen, Umzügen, vorübergehender Arbeitslosigkeit usw. Die Arzt- und Apothekenkosten betrugen im März 923 190 Mark und die Kosten für unentgeltliche Suppen 7256 Mark. Heizungsbeiträge, welche in den städtischen Zuschußunterstützungen nicht enthalten ist, ist am Ende des Geschäftsjahrs in 20 127 Fällen zu je 6 Mark und in 3065 Fällen zu je 250 Mark gezahlt worden. Der Gesamtaufwand hierfür betrug für den ganzen Winter, für die Monate Oktober bis Mai, 900 608 Mark.

— Die Gold- und Silber-Ankaufsstelle schreibt uns, daß ihre Einlieferungskiste in Kürze die Zahl 25 000 erreichen wird. Die Einlieferungskiste des 25.000. Einlieferers von Goldschmuck eine Erinnerungsgabe zu widmen, die dem Betreffenden für alle Zeiten ein Andenken an diese Zeit sein soll.

— Gegen die Mietsteigerungen hat das Generalkommando des 20. Reservekorps eine neue Verordnung erlassen, wonach die Mietpreise für Wohnungen bis auf weiteres nur mit Genehmigung des Miteigentümers, in Städten, in denen solche Mieter noch nicht existiert sind, nur mit Genehmigung des Magistrats und in ländlichen Ortschaften nur mit Genehmigung des zuständigen Amtsvorstehers erhöht werden dürfen.

— Das Pfund Kartoffeln 1 Mark. Aus Berlin teilt die „N. Z. am Mittag“ mit: Der Anstieg zu den Kartoffelläden und -Höllern war heute besonders groß. Die Hausfrauen versuchten, das ihnen zustehende 1 Pfund möglichst sofort am ersten Tage der neuen Woche zu kaufen, weil jede Befürchtung, bei den geringen vorhandenen Mengen schließlich ganz leer anzugehen. Entsprechend blüht der Kartoffelhandel mit neuen Kartoffeln in Berlin. Anstatt des Höchstpreises von 15 Pfennig wurden 35 Pfennig bis eine Mark für das Pfund neue Kartoffeln bezahlt. Auch die Bandleute, die gestern um Kartoffeln bestärkt wurden, gingen infolge der großen Nachfrage mit dem Preise bis zu 1. Mark das Pfund hinauf. Ein Einschreiten gegen diesen Wucher ist in Berlin deshalb so schwer, weil die Käufer froh sind, wenn sie Kartoffeln erhalten, und der Polizei keine Anzeige machen. Die verschärfsten gesetzlichen Bestimmungen gegen den Schleichhandel sind vollständig wirkungslos. Auch auf dem Lande geschieht schon. Es ist in den Kreisen um Berlin zwar verboten, frühkartoffeln schon auszunehmen und zu verkaufen, aber der Handel geht dessenungeachtet schwindehaft weiter.

— Dem Versteigerungsbureau in Ostmarkungen ist noch kein Ende bereitet. Die vorerwähnte er wirkt das zeigen folgende Versteigerungsergebnisse, die vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen mitgeteilt werden.

Kannst du nicht noch  
**Juwelen Goldschmuck Silber**  
dem Vaterland verkaufen?  
**Die Front braucht Heimathilfe!**  
Gold- und Silberankaufsstelle, Gr. Mühlentrafé 6, 1. Werktaglich  
geöffnet von 10 bis 12 1/2 Uhr, sowie Bekannte Silberschmuck, den  
ganzen Tag geöffnet. 1909

	1917	1918	Steigerung
Reinsdorf	2 830	8 315	194
Steigra	14 120	23 100	63
Neurungen	6 430	22 295	246
Freystadt	11 000	22 075	100
Kalzendorf	7 000	7 870	12
Kindendorf	7 000	12 425	77
Schnellroda	6 525	11 025	68
Obereichstedt	3 400	7 100	109
Niebereichstedt	7 500	15 000	100
Dechitz	5 000	10 800	116
Schmirna	3 405	13 300	261
Mittergutt Ringst.	5 105	15 215	198
Oberwünich	6 770	12 200	140
Mittergutt Burgscheidungen	1 210	3 000	143
Ubersroda	15 030	33 600	123
Saucha	8 705	19 738	124
Kleinrichstedt	4 365	8 320	91
Baumersroda	3 000	4 420	47
Kmannsdorf	2 000	12 000	500

Dabei muß berechnet werden, daß auch schon 1917 unjüngig emporgetriebene Kriegspreise gezahlt wurden. Trotzdem noch in einem Jahre diese Steigerungen, die bis zu 500 Prozent hinaufgehen. Eine „geübte“ Wirtschaftspolitik, Schlechtthäter und Kriegsgewinner kommen dabei auf ihre Rechnung.

— Dem gehören die Döhner? Am 8. d. M. morgens 6 Uhr haben 2 unbekannt Namen in Döhner verhaftet, 6 lebende Döhner, und zwar 5 reibhühnerartige und 1 schwarze, sowie einen reibhühnerartigen Hahn zu verkaufen. Als ein Schußmann geholt werden sollte, sind die Vögel unter Zurücklassung der Tiere geflüchtet. Der ältere Döhner hatte angegeben, sein jüngerer Begleiter habe die Tiere seiner Mutter gestohlen. Die Bestohlene wird erpöcht, der Kriminalpolizei Nachricht zu geben.

— Städtische Waisenkasse. In dem letzten Verwaltungsbericht der Stadt Magdeburg wird über die städtische Waisenkasse mitgeteilt, daß die Annahme, durch den Krieg würde sich die Zahl der Waisenkassen beträchtlich vermehren, sich erfreulich Weise bis jetzt nicht erfüllt hätte. Es heißt dann weiter: Die Zugänge an Waisenkassen hatten sich in normalen Grenzen. Dagegen ist die Nachfrage nach Waisenkassen ganz bedeutend gestiegen, und zwar aus allen Schichten der Bevölkerung. Ueberwiegend waren es sogar Angehörige der wirtschaftlich bessergestellten Stände, die aus den verschiedensten Ursachen sich um Waisenkassen bemühten. Vielfach sollten die Kinder Erbschaften für eine verbundene oder gefallene Familienangehörige. Manchmal gab auch das Bedürfnis, den allgemeinen Not mit zu steuern, Veranlassung zu dem Gesuch. Die Forderung der Waisenkasse des Waisenamts zur vorübergehenden Unterbringung von Kindern war auch im Berichtsjahr wieder ganz bedeutend. In erster Linie handelt es sich um Kriegskinder, die keine Mutter mehr haben und deren Vater zum Heeresdienst einberufen wurde, oder auch um Kinder von im Felde befindlichen Männern, deren Mütter das Krankenhaus oder sonstige Anstalten auf längere oder kürzere Zeit aufsuchen mußten. Dazu genügt den vorhandenen Einrichtungen nicht mehr. Um die Kinder unterzubringen, mußten zwei Baracken des Sündenbürger Krankenhauses für diese Zwecke eingeräumt werden. Die Kinder gedeihen hier sehr gut. Leider kann immer noch nicht mit dem so notwendigen Neubau des längst bewilligten Kinderheims begonnen werden. Es sind deshalb bereits Schritte eingeleitet worden, um geeignete Unterkunftsräume außerhalb Magdeburgs zu mieten. Bis zum 31. März 1917 waren 510 Kinder dauernd der öffentlichen Fürsorge anheimgefallen (Zugang 69, Abgang 60). Davon waren: 203 Waisenkassen und 307 Halbweisen. Von den 510 Kindern befanden sich 303 in Familienpflege, 51 im Kinderasyl Ballonerberg, 43 im städtischen Kinderheim, 51 im Kinderasyl Sundenburg, 9 im zweiten Reichswaisenheim, 2 im St.-Marienhof, 3 im Augustenstift, 2 in Bethanien, 3 im Säuglingsheim, 31 in der Pieschelschen Anstalt in Burg, 3 im Waisenhaus zu Neu-Redlig und 9 in andern auswärtigen Anstalten.

— Verbändige Wohnungskontrolle. Wie vom Magistrat mitgeteilt wird, sollen in Magdeburg in letzter Zeit Frauen von Haus zu Haus gegangen sein und angeblich im Auftrage des städtischen Amts Feststellungen über die Wohnverhältnisse und darüber, ob die Wohnungen von Einzelpersonen bewohnt sind, gemacht haben. Der Magistrat stellt fest, daß eine solche Umfrage weder vom städtischen Amt noch vom Wohnungsamt veranlaßt ist, es sich also um Schwindlerinnen handelt. Im Interesse des Publikums liegt es, sich in solchen Fällen einen Hinweis zu zeigen zu lassen. Der Verdacht ist begründet, daß die betreffende Person ihre Umfrage zu unerlaubten Zwecken hält, vielleicht um Gelegenheit zu Einbruchdiebstahl vorzubereiten.

— Zucker aus der Ukraine. Auf dem Magdeburger Zuckermarkt stehen 100 000 Zentner Weißzucker aus der Ukraine aus. Der Preis beträgt 300 Mark für den Zentner. Die Nachfrage ist trotz des hohen Preises eine rege.

— Jugendbund Freiheit. Die Neue Neuküder werden zu regem Besuch der Mittwochveranstaltungen (Winter Abend) eingeladen.

— Verurteilte Abreibung. In nichtöffentlicher Sitzung verurteilte die Strafkammer des Landgerichts I. die Raufhühner E. L. von hier wegen Beihilfe zum verurteilten Verbrechen gegen § 218 des Strafgesetzbuchs in fünf Fällen zusätzlich zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, 2. L. von hier wegen Beihilfe in einem Falle zu 6 Wochen Gefängnis. Außerdem erhielten fünf Frauen wegen des verurteilten Verbrechens je 3 Monate Gefängnis.

× Gestohlen wurden in der Nacht zum 7. d. M. aus einer Laube an der Harsdorfer Straße 7 Nankingen; aus einem verschlossenen Räume des Hauptbahnhofs 4 farbige Wachen- und 6 weißelene Wäpeler, die mit einem aufgedehnten roten Kreuz gezeichnet sind; in der Nacht zum 8. aus einem Keller in der Brandenburger Straße 1 blauer Arbeitsanzug, 2 Männerjacken, 1 Zange und 1 Messer; am 8. vom Mittag an der Ecke der Kaiser- und Großen Königstraße von einem Rollwagen 1 Ballen Stoffe im Werte von 4410 Mark.

## Theater, Konzerte etc.

Mitteilungen der Direktoren.

Städtisches Orchester. Sommerkonzerte Dienstags und Freitags 7 Uhr Stadttheater-Garten. Mittwochs 4 Uhr Salzquelle. Donnerstags 5 Uhr Vogelgefang. 1918

Kriegswohlfahrts-Spiele im Zirkus. Einen Riesenerfolg hat das glänzende Varietés-Programm, welches nur noch kurze Zeit gegeben werden kann. Der Sold bringt, erhält einen Freiplatz.

## Das verlassene Dorf.

Roman aus dem Dreißigjährigen Kriege von Friedrich Thieme. (45. Fortsetzung.) (Schluß des Textes.)

Maffon empfing seine treue Pflegerin so freundlich und herzlich, als wäre sie monatelang fern gewesen.

„Was für Angst habe ich um Euch auszustanden, Margarete!“ wiederholte er immer wieder. „Und was für Herrlichkeiten Ihr mitbringt! Wißt, daß ich anjunge, Appetit zu bekommen, Jungler, und daß Ihr mich bald nicht mehr werdet satt machen können.“

„Schwer wird's werden,“ seufzte sie lächelnd. „Die Gegend ist ausgehungert. Wenn's nur erst Sommer würde!“

„Und wenn ich Euch erst Verstand leisten und auf Euerem Streifereien begleiten kann.“

„Das wird kaum der Fall sein, Herr.“

„So? Und warum nicht?“

„Sobald Ihr wieder so weit seid, für Euch selbst sorgen zu können, müssen sich unsere Wege scheidern, Herr. Darum, brauche ich Euch nicht zu forzen.“

„Nein, nein, Margarete, ich verstehe Euch und schätze Euch darum nur um so mehr,“ antwortete Arne, aber er war recht traurig hinterher und schaute sie von Zeit zu Zeit mit recht wehmütigen Blicken an.

Am nächsten Tage hatte sie Glück — sie übertraf einen Hahnen bei der Hasenjagd. Der Raubvogel setzte dem armen Lampe mit seinen scharfen Fängen und unangesehenen Schnabelschieben zu, so daß das Opfer bereits blind war und anscheinend in den letzten Jügen lag. Margarete vertrieb den Vogel mit einem Steinwurf, machte den Seiten des armen Hahnen ein Ende und trug ihn als gute

Beute mit sich fort. So brachte sie fast jeden Tag etwas Brauchbares, wenn auch nicht immer etwas Genießbares nach Hause. Einmal entdeckte sie im Gebüsch einen hier von irgendeiner Soldateneinheit zurückgelassenen Munitionskarren. Sie füllte ihren Sack reichlich mit Kugeln und Pulver, nahm auch eine der schweren Musketen mit sich, die oben auf lagen, und kehrte in der Folge noch ein paarmal nach dem Plage zurück, um weitere Vorräte von Munition zu holen, sowie die vorhandenen Musketen in Sicherheit zu bringen.

„Jetzt haben wir ein wahres Arsenal von Waffen,“ rief der junge Schwede vergnügt. „Wir können schon eine Belagerung aushalten, Margarete.“

Er lag nun nicht mehr den ganzen Tag auf seinem Laubbett, sondern stand stundenweise auf, ihr im Haushalt zu helfen. Denn Margareten's Tagewerk war keine Kleinigkeit. Morgens erhob sie sich zeitig, wusch sich und sträubte ihr Haar, zündete Feuer an und bereitete das Frühstück. Nach der Mahlzeit ging sie in den Wald, Holz und Nadelbäume zu holen, dann trat sie ihre Forstschere an, von der sie meist erst am Nachmittage heimkehrte. Nun säuberte sie das Lager, reinigte die wenige Wäsche, bereitete das Abendmahl. Hatte sie dann die wenigen Gerichte gereinigt, beschäftigte sie sich noch ein Stündchen mit der Verbesserung ihrer Kleidungsstücke, wobei er neben ihr saß und ihr von seiner Heimat oder seinen Kriegserlebnissen erzählte. Es wurden diese Stunden beiden zu den traulichsten des Tages, und oft noch, bevor sie einschlief, weckte Margarete im Geiste bei den interessanten Schilderungen und wunderte sich, was er doch für ein vielfach unterrichteter Mensch und wie sein sein Zustand und seine Bildung sei.

Arne war auch nicht müßig, im Rahmen seiner Kräfte

half er unermüdetlich an der Verbesserung und Verschönerung ihres Zustandes arbeiten. Aus passenden Holzstücken, die er in der Nähe des Hauses auffand, hatte er ein paar plumpe Teller hergestellt, sowie noch ein paar Köffel und einen Becher. Mit umerkäuflicher Geduld schnitzte er an ein paar großen Holzblöden, bis sie zum Sitzen geeignet erschienen und die Stelle der fehlenden Stühle zu ersetzen vermochten. Die Lür besserte er aus und verdrichtete die Verstopfung der Fenster. Er suchte auch die Umgegend mit größerem Scharfblick als seine Gefährtin und entdeckte in einem Keller eines der Häuser eine geschickt verborgene Truhe mit allerhand Kleidungs- und Wäschebeständen. Die Bewohner hatten die Sachen vor den Soldaten verborgen, waren aber entweder durch den Tod an deren Wiederbenutzung verhindert worden oder hatten infolge anderer Umstände ihre Wohnung räumen müssen. Obwohl die Wäsche von großer Reinwand war und die Kleider von der Art, wie sie arme Bauerleute eben trugen, so waren sie untern Einwohnern doch höchst willkommen. Margarete wusch sie zurechtzustutzen und passend zu machen, indem sie dazu den Zwirn benutzte, den beide durch Aufstreifen der bisherigen Wäsche gewonnen. Auch dem Wille stellte er nach, legte Ballen für Hasen und die zahlreichen Kaminchen und lieferte manchen der schwächsten Exemplare vor allem der letzteren Tiergattung in den Kochtopf. Auch mehrere Eichhörnchen, die es ihm zu kühlen gelang, wurden äußerst wohlkühmend befunden.

Die Decke, worauf er lag, hatte er gleich anfangs Margareten wieder angeboten. Ihre Weigerung nahm er nicht an, er habe den Mantel, ihr komme die Decke zu, so hätte man christlich geteilt.

(Fortsetzung folgt.)



Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wangelien.

Wangelien, 9. Juli. (Bericht über die Wahl.) Am 1. Juli wurden die...

Wahlkreis Wolmirke-Brenthalbenleben.

Brenthalbenleben, 9. Juli. (Das Gerücht.) Das beim...

Wahlkreis Gerichow 1 und 2.

Gerichow, 9. Juli. (Die Errichtung einer städtischen...

umständlich, besonders für Frauen, die den ganzen Tag zur Arbeit...

Oberwies, 9. Juli. (Die Höchstpreise für Getreide) erheblich überhöht zu haben...

(Die Laubhirschen) mit ihrer Ferkelzucht um 14 Tage...

Wahlkreis Kalbe-Aschersleben. Groß-Salze, 9. Juli. (Wegen Wildschadung) wurde...

Stettin, 9. Juli. (Ausgabe von Kohlenkarten) Diejenigen...

Wahlkreis Stendal-Osternburg. Stendal, 9. Juli. (Ragermilch) wird in dieser Woche...

(Die Herstellung von weißer Baumwolle) für Kram...

(Wegen Einbruchsdiebstahls) hatten sich der 1903 geborene...

(Wegen Bruchers mit Kammeln) hatten sich vor der...

Aus der Parteibewegung.

Reaktionärschiff. George Edward Adler, der seit 18 Jahren...

Kleine Chronik.

Die Gasse.

Das holländische Kreuzer-Schiff aus London, das die...

20000 Mark in Entlohnung.

Die Postämter sind durch den Krieg sehr beeinträchtigt...

Frauenmord im Eisenbahnzug.

In einem von Offen stammenden Morgenzug wurde in einem...

Zur Schneefurth angekommen.

Zum Unglücksfall auf der Jagd wurde gemeldet, daß alle...

Berschüttet.

In Volkmarfen (Bezirk Kassel) wurde der Bädermeister...

Die Flucht im Dampfessel.

Auf dem bairischen Bahnhof in Ksch in Böhmen an der...

Eigenartiger Gluckensatz.

Aus Bruned in Tirol wird geschrieben: Infolge der Requi...

Die künstlerische Hauptstadt.

Ein sehr junger und sehr begabter Regisseur wurde vom...

Halb und halb.

Im Schaufenster hängen zwei wunderschöne Büchse; dabei...

Das Eiserne Kreuz.

Aus unserm Bezirke erhielten ferner das Eiserne Kreuz:

Briefkasten.

Wilmhelm. Es handelt sich um das Verwendetenabzeichen...

Wasserstände.

Table with columns for location, date, and water level. Includes locations like Dresden, Regensburg, etc.

Wettervorhersage.

Mittwoch, 10. Juli: Zeitweise wolkig, warm, Fortdauer der Gewitter...

Advertisement for a clothing store: 'Sollt ihr schon eure Pflicht der treuhändigen Abgabe...' with address 'Mitteldeutsche Fabrikation Nr. 2'.



Generalfeldzeugmeister v. Gumpert gibt Auskunft über die Verhältnisse verschiedener Kategorien von Beamten und Arbeitern. Die Beamten haben Kriegszulagen erhalten, die Soldaten sind ebenfalls erhöht worden, und über die festgesetzten Normallöhne können 10 bis 25 Prozent verdient werden. Wenn Reduktionen nötig werden sollten, werden wir mit größter Schonung vorgehen. Insbesondere Abmachungen mit der Privatindustrie, die Stillstände herbeiführen, haben wir nicht getroffen. Die Beschwerde des Abgeordneten Stahl, daß die Arbeiterausschüsse nicht miteinander verhandeln dürfen, ist unberechtigt; es ist nur den Ausschüssen eines technischen Instituts unterstellt, mit denen eines anderen Instituts zu verhandeln. Das Vorgehen der Polizei in Rüstern gegen den Arbeiterauschuss würde, wenn es sich so verhält, wie der Abgeordnete Stahl sagte, unberechtigt sein. Das Ueberstundenwesen ist bereits stark eingeschränkt. Der Meister Jäger ist ein schroffer Mensch, aber streng gerecht. Die Fälle werden genau untersucht. Die Kriegsbeschädigten werden, sobald der Zustand es gestattet, in die Produktion beschäftigt. Der größte Teil der Kriegsbeschädigten ist bei uns geblieben, das ist also ein Zeichen, daß sie sich bei uns wohl fühlen. Die Verhandlungen über die Entschädigung für die Hemmungsbedürftiger Explosion werden mit größtem Entgegenkommen geführt. Die Gemeinde wird jedenfalls dabei nicht zu kurz kommen.

Abg. Weinhausen (Fortf. v. Sp.): Bei der Reorganisation muß die Stellung der Beamten gegenüber den Offizieren gehalten werden; es ist ein Mißstand, daß junge Offiziere Vorgesetzte selbst höherer Beamten sind. Die höheren technischen Beamten müssen ebenso wie auch die Offiziere in selbständige verantwortliche Stellung kommen. Der Meister geht dann auf Einzelwünsche verschiedener Kategorien, namentlich bezüglich der Urlaubsverhältnisse ein und fragt, ob es zutrifft, daß in der Artilleriemerkmalen in Danzig die Röhre um 60 Prozent reduziert und gegen 700 Arbeiter entlassen werden sollen. Es müßte doch möglich sein, statt Arbeiter in solchem Umfang zu entlassen, sie in anderen Betrieben unterzubringen.

Abg. Helt (natl.) erörtert die Frage der Schaffung eines Berufsabteilungs-Offizierskorps. Bei Schluß des Berichts (gegen 8 Uhr) dauern die Verhandlungen fort. — Morgen, Dienstag, steht die zweite Beratung der Steuerentwürfe auf der Tagesordnung.

### Die Erkenntnis.

Soeben erscheint der Bericht der Finanzkommission des Herrenhauses, der wieder ganz angefüllt ist mit Klagen über das verfehlte System der staatlichen Ernährungswirtschaft. Da ist es denn außerordentlich interessant, daß gerade in diesem Augenblick die „Deutsche

Lagezeitung“ sich selbst verrät und feststellt, daß nur die durchdringende planmäßige staatliche Erziehung in der Kriegszeit die Ernährung des Volkes sichern kann.

Dieses Geständnis erwidert der „Deutschen Lagezeitung“ aus Born darüber, daß möglicherweise Oesterreich noch weitere Lebensmittelunterstützung von Deutschland erhält. Angesichts dieser Wahrscheinlichkeit stellt die „Deutsche Lagezeitung“ fest:

„Der Mangel in Oesterreich ruht nicht auf irgend einer natürlichen Katastrophe, sondern darauf, daß man nicht gewagt hat, die Lebensmittel an der Stelle zu erfassen, wo sie erfaßt werden können... Auch daß man überhaupt nicht rechtzeitig genug an eine Rationierung dachte, weiß man in Deutschland.“

Es wird dann des weitern ausgeführt, wie eine verkehrte Rücksichtnahme auf die nichtdeutschen Stämme Oesterreichs diese Ernährungsplanderei verschuldet hat. Daran kommt in diesem Zusammenhang nichts an; wesentlich ist uns nur, daß die „Deutsche Lagezeitung“ endlich zugibt, daß nur rechtzeitige Rationierung und zureichende Erziehung beim Erzeuger die Volksernährung sicherstellen kann. Das deutsche Kriegsernährungsamt sollte sich diese Anerkennung merken.

Im übrigen steht in diesem Artikel der „Deutschen Lagezeitung“ zu lesen, daß dem deutschen Volk jetzt tägliche Not statt täglichem Brotes geboten wird. Soffentlich regt sich die Junterpresse nun nicht mehr so unruhig auf, wenn ein Sozialdemokrat das gleiche im Reichstag sagt.

### Notizen.

17000 Tonnen. Amlich wird berichtet: Unsere U-Boote haben im Sperrgebiet um England 17000 Br.-Reg.-Z. feindlichen Handelsschiffsräume vernichtet. Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hat das von Kapitänleutnant von Rabenau (Neuhart) befehligte Boot, das an der Spitze Englands 6 Dampfer, zum größten Teil aus stark gesicherten Geleitzügen heraus, versenkte.

Deutsche U-Boote vor Amerika. Wie aus Washington gemeldet wird, möchte das Department der Admiralität bekannt, daß der amerikanische Dampfer „Gillier“ am 21. Juni durch die Kanonen eines deutschen U-ter-

seeboms auf offener See 1400 Meilen von der Küste des Atlantischen Ozeans vernichtet wurde. Der Dampfer trug 2000 Tonnen.

Das spanische Gesetz gegen Spionage. Das von der spanischen Kammer angenommene Gesetz gegen Spionage enthält in seinem Grundgedanken die in der Schweiz bei Kriegsausbruch geltende Gesetz. Der ehemalige Minister Burelle erob in der Kammer jedoch einen scharfen Widerspruch gegen das Gesetz, so daß Ministerpräsident Maura die Vertrauensfrage stellte. Die Kammer hat das Gesetz nach stürmischen Ausfällen und Entfernung der opponierenden republikanischen und sozialistischen Abgeordneten aus dem Hause angenommen. Eine größere Reichsversammlung tagte vor dem Kammergebäude und bewarf die Polizisten mit Steinen. Die Polizei versuchte die Menge zu zerstreuen. Nach verschiedenen Zusammenstößen gelang es endlich, die Ruhestörer zu vertreiben.

Verdopplung des japanischen Heeres. Die „Times“ meldet aus Tokio: Am 1. Juli hat der Rat der Feldmarschälle und Admirale einen Beschluß gefaßt über eine Vorlage bezüglich des Zusammengehens zwischen Meer und Flotte. Grundätzlich genehmigt ist die Erhöhung der Friedensstärke der Armee auf 21 Armeekorps — 42 Divisionen — 128 Regimenter. Dadurch ist die Friedensstärke verdoppelt worden.

### Vertliche Kämpfe.

B. L. B. Großes Hauptquartier, 9. Juli 1918. (Amlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Südlich des La-Basse-Ranals wurden mehrfach wiederholte Teilangriffe, auf dem Nordufer der Somme starke Vorstöße des Feindes abgewiesen. Der Artilleriekampf blieb in diesen Abschnitten lebhaft und nahm am Abend beiderseits der Somme zeitweilig wieder große Stärke an.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Westlich von Antheit (Südwestlich von Nogon) haben sich heute früh nach heftigem feindlichen Angriff des Feindes entwickelt. Am Walde von Willers-Cottreets schiederten Teilangriffe der Franzosen in unsern Kampfgebiete.

Gestern wurden 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Billit erlangte seinen 23. und 24. Leutnant Friedrich seinen 21. Luftsieg.

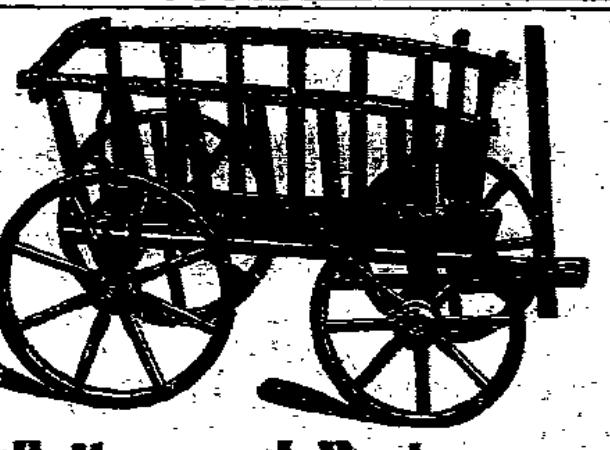
Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

### Bekanntmachung.

Auf die Festkarte A des Markenabschnitts für Juni werden bei den amtlichen Futterverkaufsstellen Nr. 107, 119 und 210 an die eingetragenen Kunden in der Zeit vom 10. bis 18. Juli 1918 2 Küschgen zum Preise von 25 Pf. abgegeben. Magdeburg, den 8. Juli 1918. Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Täglich mehren sich die Klagen aus Stadt und Land über die besorgniserregende Zunahme von Diebstählen an Früchten des Feldes und des Gartens. In weiten Bevölkerungsschichten schwindet das Gefühl vor dem Sittlich-Notwendigen und die Achtung vor der Unverletzlichkeit des Eigentums. In keinem Verhältnis steht meistens der geringe persönliche Vorteil des Täters zu dem unermesslichen Schaden an Allgemeinheit, den diese durch diebstahl verursachen.



Handwagen und Karrenwagen

Neue sowie gute durchgeparierte gebrauchte Möbel hat abzugeben Möbelfürsorge für Minderbemittelte u. Kriegsgetraute G. m. b. H., Breitenweg 109.

Laden mit Küche in guter Geschäftsgegend zum 1. Oktober für 6200 Mark zu vermieten. Für Kücherei u. Bäckerei durchaus sichere Erlöse. Anm. Nr. 100.

### Lichtschauhaus Panorama.

Ab Freitag den 12. Juli und folgende Tage: Das erfolgreichste chinesische Schauspiel, das je die deutsche Bühne passierte.

Verfassung in Beratung mit 9 zu 0 des Gesetzes zur Änderung des Zustands und dem Gesetz vom 11. 12. 15 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand im Inneren der öffentlichen Sicherheit unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 16. 6. 17.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahr und beim Vorliegen mildernden Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark wird bestraft, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen:

1. Wer Gartenfrüchte, Feldfrüchte oder andere Bodenerzeugnisse aus Gartenanlagen aller Art, Weinbergen, Obstgärten, Baumgärten, Saatgärten von Aedern, Wiesen, Reiden, Wäldern, Gewässern, Bächen oder Gräben entwendet.
2. Wer in der Dunkelheit, d. h. in der Zeit zwischen einer Stunde nach faldenmäßigem Sonnenuntergang und einer Stunde vor faldenmäßigem Sonnenanfang, außerhalb der öffentlichen Straßen und Wege Feldmarken, Gärten oder Wälder betritt, ohne besondere arbeitsmäßige Beschäftigung.

Auf die im übrigen innerhalb der gesetzlichen Grenzen stehende Ausübung der Jagd und Fischerei sowie auf die in Ausübung ihrer gesetzlichen Befugnisse befindlichen Offiziere und Beamten findet die Vorschrift keine Anwendung.

Diese Verordnung tritt am 10. Juli 1918 in Kraft. Magdeburg, den 2. Juli 1918. Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps. Sonntag. Generalleutnant.

Wir offerieren für Händler und Sabatspfeifen und Bierschneidemaschinen eine gr. Auswahl in H. H. H. Waren-Ein- u. Verkaufsstelle. G. m. b. H., Magdeburg, Brandstr. 7. Fernspr. 7653.

Rechtsbureau Referendar a. D. Lebegott, Große Mühlstraße 5, Kunstamt und alle schriftlichen Arbeiten in Rechts- und Steuerfachen. Sprezeit: 9-1, 3-5 Uhr.

### Deutscher Siedler-Rund Berlin S 59.

Wir beginnen jetzt mit der Anlage einer unserer größten Genossenschaftsbedürfnisse, und zwar im Schlangental, südlich von Frankfurt a. M., in der Oberlausitz, weithin von Heide, mit viel Bodenfläche. Eine Anzahl Personen, 3 bis 8 Personen, für Obst- und Gemüsebau sowie Kleintierzucht sind auch zu anderen geeigneten Zwecken, fruchtbarer Boden, eigenes Bewässerungssystem.

Berent-Straßentheater. Sonntag 3.00. Sonntag 3.10. Einmader mit Silber-Krone. Sonntag 1.70.

A. H. Röber. Wittenberger Straße Nr. 6. Geratenspeicher 5575.

Simetta, Lemon Squash 200. 1772. Verlässliche Gefäßreinigungsmittel. 1772. Schillerstr. 11. Kauf. 1772.

### Schillers Weinhandlung.

Reinhardt, Bürgerhof. Große Mühlstraße 11.

### Öffentliche Volksversammlung.

Donnerstag den 11. Juli, abends 8 Uhr, spricht der Reichstagsabg. Alwin Brandes.

### 3 Milliarden neue Steuern.

In der „Thalia“, Dorotheenstr. 14, über den unabhängigen sozialdemokratischen Verein. J. A. H. B. etc.

Ein großer Posten Handleitwagen. In allen Größen ist wieder eingetroffen bei H. H. H. G. m. b. H.

### Zirkus Blumenfeld.

Glänzendes Variété-Programm. Täglich abends 7 1/2 Uhr.

Wie wir vergeben unsern Schuldnern. Vorstellung die Lotenglöden. Casino-Diele.

Erstklassige Variété-Vorstellung! Casino-Diele.

### Ansichtspostkarten.

empfehl. Buchhandl. Volksstimme.

### ZENTRAL THEATER.

Nur noch kurze Zeit. Manon. Freitag Arbeiter-Vorstellung.

### Zentraltheater-Straße.

Wittwoch abend: Dr. Konzert.

### Stephanshallen.

Erstklassige Variété-Vorstellung!

### Mit. Bu: Direktor Karl Weinhard.

von den Weinhard-Bernauer-Schuppen in Berlin. Rang Ping: berühmte Mania Zaitchewa.

In Berlin im Theater Königgrüher Straße 200mal mit größtem Erfolg aufgeführt. Direktor Weinhard, welcher persönlich die Hauptrolle spielte, hat auch dieselbe im Film übernommen.

### Tombild-Theater Buchau.

Ab Dienstag den 9. Juli bis einschließlich Donnerstag den 11. Juli.

### Sherlock Holmes.

in dem großen vieraktigen Detektiv-Schlager Der Schlangerring. Sherlock Holmes: Hugo Flink.

### Palast-Theater Burg.

Im Angesicht des Todes. Verhinderte Ehelirungen. Lya Ley und Rolf Brunner.



